

Wossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ulstein, Fernsprech-Zentrale Ulstein: Dönhoff (A 7) 3600-3665, Fernverkehr: Dönhoff 3606-3698, Telegramme: Ulsteinhaus, Berlin, Postcheck-Konto: Berlin 606, Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung 72 Pf. Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin, Anzeigen-Preise: mm-Zeile 32 Pfennig, Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig, Keine Verantwortlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer, Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Auswärts 15 Pf.] · Nr 598

MITTWOCH, 14. DEZEMBER 1932

ABEND-AUSGABE

Serriot gestürzt

Pariser Kammer verweigert sofortige Schuldenzahlung

Wieder Serriot?

PARIS, 14. DEZEMBER (2 UHR 45)

Der Präsident der französischen Republik, Herr Lebrun, hat heute, wie üblich, die verschiedenen Kollaterale, darunter die Präsidenten des Senats, der Kammern und der Präsidenten der Finanzkommissionen empfangen. Einmalige Kollaterale haben sich dafür ausgesprochen, daß Serriot wieder die Ministerpräsidentenwahl übernimmt.

Das französische Kabinett Serriot ist heute morgen gegen 5 Uhr nach einer der aufregendsten Nachtstunden der Kammer, die es seit Jahren gegeben hat, gestürzt worden. Ein radikaler Antrag, nach Abrede mit England die morgen fällige Kriegsschuldenrate zu entrichten, zu dem die Regierung die Vertrauensfrage gestellt hatte, wurde von der Kammer mit 402 gegen 187 Stimmen abgelehnt. Präsident Lebrun hat die Gesamtdemission des Kabinetts bereits angenommen und heute vormittag Verhandlungen zur Regierungsbildung begonnen.

Der Kampfbeschluss

Von DR. RICHARD LEWINSOHN

PARIS, 14. DEZEMBER

Zum ersten Male seit Jahren ist ein französisches Kabinett über eine außenpolitische Frage geführt worden. Zum ersten Male nach dem Sturz über eine Frage, die nicht direkt das deutsch-französische Verhältnis betrifft. Die Klugung der französischen Kammer gegen die Haltung Washingtons — denn darum kam es bei der nächsten Abstimmung an, nicht auf den Sturz Serriots — stellt ein Raum der internationalen Politik dar. Zum ersten Male muß es ein europäischer Staat, in einer Vierzehnpfennige gegenüber Amerika aufzutreten.

Der materielle Anlaß dieser Protestation ist relativ geringfügig. Die französischen Parlamentarier, die als gute Vertreter ihres Volkes gewandelt sind, mit dem Sie zu rechnen, liegen auch in der Hitze der Radikalfestst keinen Zweifel

Eigene Meldung der Wossischen Zeitung

PARIS, 14. DEZEMBER

Wierzehn Stunden lang hat der heisse parlamentarische Kampf um die Zahlungsverweigerung Frankreichs gedauert. Ganz Paris verfolgte die Schlacht mit lebhaftem Interesse, obgleich das Kabinett schon gestern abend abgelagt war. Fast alle Abgeordneten hatten bis zuletzt in der unerträglich überhitzten Kammer aus. Auch die Tribünen waren überfüllt. Herren im Frack und Damen in Abendkleidern horchten bis zum Morgen aus, um den Sturz der zahlungsunwilligen Regierung und die erste offene Kampfanzüge Frankreichs an Amerika mitzuerleben.

Die entscheidende Wendung erhielt die Radikalfestst, in der der Ministerpräsident unzulässige Male das Wort zu Befehlsbefugnissen an der Opposition ergreifen hatte, um 2 Uhr morgens, als der nationalsozialistische Abgeordnete Franklin-Bouillon in größter Erregung den waldhaften Redner Pierre Cot unterbrach und die Debatte vorlas, daß die belgische Regierung die Verweigerung der Kriegsschuldenzahlung beschlossen habe.

Serriot, über die Möglichkeit der Radikalfestst, gibt zu, sie schon am Nachmittag telefonisch erhalten zu haben. Da die Regierung Broquierele aber abends zurückgetreten sei, könne er der belgischen Verweigerung „nur bedingte“ Bedeutung beimessen. Es gibt Beifall und Heiterkeit, doch hat die Entscheidung aus Brüssel schließlich den beabsichtigten Eindruck nicht verfehlt.

Die Debatte in der Kammer selbst ging um eine Note Serriots an Washington, in der Frankreich sich, in der Alltagsgemeinschaft mit England, zur bedingten Zahlung der morgen fälligen Kriegsschuldensätze einverstanden erklären wolle. Diese Note war von den Vereinigten Kammerausschüssen für Finanzen und Auswärtige Angelegenheiten entschieden abgelehnt worden; die Ausschüsse wiesen darauf hin, daß Frankreich Kriegsschuldenzahlung nur wieder aufnehmen könne, wenn der größte Teil der vom Young-Plan vorgesehenen Zahlungen wieder in Kraft gesetzt würde, dies würde aber eine Annullierung der Zusammenkünfte kommen nach sich ziehen und einen neuen für U.S.A. nachteiligen allgemeinen Bankrott zur Folge haben. Da die französische Forderung, sofort eine Konferenz zur Einleitung der Kriegsschulden-Revision mit amerikanischen Staatssekretär einseitig abgelehnt worden sei, fordern die Ausschüsse Aufschub der Dezemberabstimmung. Die Regierung hatte gegenüber diesen Wünschen der Ausschüsse eine Gegenklärung ausgearbeitet, in der die Zahlungsbereitschaft im Hinblick auf die nächsten Verhandlungen wurde. Hierbei sollte das Plenum der Kammer entscheiden. Sie sprach sich mit 402 zu 187 Stimmen gegen Serriots Erklärung und mit 380 zu 57 Stimmen für die Entschuldigungsverweigerung der Vereinigten Kammerausschüsse aus, und änderte selbst letzten Abends in die noch spätere Formulierung um:

„Die Kammer ist der Ansicht, daß es angebracht ist, die am 15. Dezember fällige Zahlung zu verweigern.“

Im Morgenrauschen wurde Serriot dann mit seinen familiären Ministern (außer Painleve, der noch krank ist) 25 Minutenlang vom Präsidenten der Republik Lebrun empfangen, der die Demission des Kabinetts annahm und bereits kurz nach 9 Uhr die ersten Verhandlungen zur Kabinetts-Neubildung einleitete.

Die Kabinettsneubildung dürfte nicht so leicht zu lösen sein; denn Serriot ist nicht durch eine einheitliche Mehrheit gestützt worden, sondern durch die Radikalfestst mit den Sozialisten. Nach der parteiweisigen Zusammenkunft der Kammer — und eine Auflösung des Parlaments kommt in Frankreich praktisch nicht in Frage — wird die nächste Regierung parteipolitisch nicht viel anders aussehen, als das Ka-

binett Serriot. Man rechnet damit, daß es eher um eine Stunde weiter nach links gehen wird; vielleicht mit einer festeren Bindung der Sozialisten an die bürgerliche Linke. Unter den Männern, die für die Kabinettsbildung in Frage kommen, werden an erster Stelle der bisherige Arbeitsminister Daladier und der bisherige Kriegsminister Paul-Boncour genannt. Wie immer bei solchen Gelegenheiten, laucht auch wieder der Name Cailiang auf, doch sind das vorläufig bloße Kombinationen.

Während der ganzen Nacht wurde an verschiedenen Stellen von Paris gegen die Kriegsschuldenzahlung der Demokratie, vor allem von Anhängern der Action Française, Straßenbahnwagen wurden aufgehängt, zahlreiche Scheiben eingeschlagen, mehrere Manifestanten inmer verhaftet und gegen 1000 Personen verhaftet.

Billigung für Neurath

1 1/2 Milliarden für Arbeitsbeschaffung

Im Reichskabinett berichtete heute Freiherr von Neurath über die Gesetzentwürfe. Sie fanden die Billigung des Kabinetts.

Die Vorkämpfer des Reichskommunars Dr. Gerete, über die man sich heute verständigte, werden durch eine Verordnung des Reichspräsidenten festgelegt werden. Sie sind ferner umgrenzt, daß die Arbeitsbeschaffung der Reformministerien durch sie nicht berührt werden. Für die Durchführung der Arbeitsbeschaffung werden Richtlinien aufgestellt und bekannt gegeben werden.

Als feststehend kann gelten, daß anderthalb Milliarden Mark für die Arbeitsbeschaffung zur Verfügung stehen, unter entsprechender Mitteln des Reichsbank.

Die Erklärung über das Verfahr der Sturbenken hat dazu geführt, daß man von einer Pflichtarbeit Abstand genommen hat, weil sich bis zum 1. April nicht die technischen und finanziellen Voraussetzungen regeln lassen. Das Reichsinnen- und das Reichsarbeitsministerium sind beauftragt, die freiwillige Teilnahme der atademischen Jugend an dem Arbeitsdienst zu organisieren.

Für die Winterhilfe sollen die beteiligten Ministerien bis zur nächsten Kabinettssetzung am Sonnabend Vorschläge unterbreiten.

Siehe auch Umfeste

Schwarz-blau-braun in Preußen?

Die Nationalsozialisten machen lebhaftest Anstrengungen, um in Preußen möglichst bald zur Macht zu kommen. Im Auftrag Adolf Hitlers hat Landtagspräsident Kerr Verhandlungen mit den Deutschnationalen eingeleitet. In einer Vorgespräch, zu der er die Einladung hat ergeben lassen, machte Landtagspräsident Kerr den Deutschnationalen Abgeordneten Dr. von Winterfeldt und Wortteilnahme von dem Wunsche der nationalsozialistischen Parteiführung, die Deutschnationalen in eine in Preußen zu bildende Regierung einzubeziehen. Die Deutschnationalen Abgeordneten haben, wie sie mitteilen lassen, von diesem Wunsche Kenntnis genommen.

Im Preussischen Landtag gibt es eine schwarz-braune Mehrheit, aber keine, die von rechtsstehenden Gruppen gebildet werden könnte, selbst wenn sich die Christlich-Sozialen und der eine hannoversche Abgeordnete anschließen sollten. Die Verhandlungen über die Wahl des Ministerpräsidenten sind schon deshalb bisher ausbleiblich zwischen Nationalsozialisten und Zentrum geführt worden. Daß die Deutschnationalen überzogen wurden, war außerdem noch auf Antagonismus zwischen Nationalsozialisten und Deutschnationalen zurückzuführen.

Das Einlenken Hitlers gegenüber den Deutschnationalen kommt etwas überraschend, ändert aber an der Sachlage nichts, solange das Zentrum dabei beharrt, daß in Preußen keine neue Regierung gebildet werden könne, ehe nicht im Reich die gleiche Voraussetzung für eine Mehrheitsbildung geschaffen ist.

Die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags hat heute die Berichte ihrer Unterhändler über die in letzter Zeit geführten Vorgesprächen über die Wahl des preussischen Ministerpräsidenten entgegengenommen. Eine mehrstündige Aussprache endete ohne formelle Beschlußfassung. Das Zentrum wartet das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Nationalsozialisten und Deutschnationalen ab, die zwischen eine neue Situation geschaffen haben, als sie auf die Einbeziehung der Jugendgen-Fraktion abzielten, die bisher außer Betracht geblieben ist.

Schleicher morgen schon um 7 Uhr

Einständige Rede

Reichstagspräsident von Schleicher wird, wie jetzt feststeht, seine angeündigte Rede im Reichstagsplenum am Donnerstag abend um 7 Uhr halten. Die Rede wird voraussichtlich eine Stunde in Anspruch nehmen.